

Postdemokratie

Wie Ungleichheit und Armut die Demokratie gefährden¹

Colin Crouch

Der Begriff „Postdemokratie“ beschreibt eine Situation, in der alle Institutionen demokratischer Politik weiterhin bestehen und sogar zu florieren scheinen, jedoch nur mehr wenig tatsächliche Wirkung zeigen (Crouch 2008, 2020). Ein wesentliches Merkmal dieser Entwicklung ist, dass sich die Entscheidungsfindung verlagert hat: Politische und insbesondere wirtschaftliche Eliten tragen die Entscheidungsmacht und nicht selten überschneiden sich beide Akteursgruppen. Viele der fortgeschrittenen Demokratien scheinen auf dem Weg in diesen Zustand zu sein. Die Politik bleibt lebendig, politische Diskussionen, Kampagnen und soziale Bewegungen gedeihen, auch wenn sie nur selten mit der Macht der Konzerne und der Reichen mithalten können. Währenddessen bleiben die Armen, die selten die Ressourcen haben, um Kampagnen zu organisieren, vom politischen Prozess ausgeschlossen, es sei denn, sie erhalten Unterstützung von anderen.

Niemand ist wirklich schuld an der neuen Tendenz zur Post-Demokratie. Sie resultiert aus zwei großen Verschiebungen in der Wirtschaft und der Gesellschaft: Erstens hat die Globalisierung und die damit einhergehende wachsende Rolle der transnationalen Konzerne die wichtigsten wirtschaftlichen Entscheidungen auf eine Ebene verschoben, die die Demokratie nicht erreichen kann, weil sie zum Großteil in der Ebene des Nationalstaates verwurzelt ist. Zweitens haben die großen Klassen- und Religionsunterschiede, aus denen die wichtigsten politischen Parteien der Industriegesellschaft hervorgegangen sind, in einer postindustriellen, säkularisierten Welt an Bedeutung verloren. Dies hat die Verbindungen geschwächt, die früher zwischen den Parteien und ihrer Wählerschaft bestanden hat. Die führenden Köpfe der Parteien, insbesondere der linken, vermitteln den Eindruck, dass sie mehr mit den Unternehmens-Eliten gemeinsam haben, mit denen sie tagtäglich zu tun haben, als mit ihren eigenen Anhängern.

Die Macht der Wirtschaft und des Kapitalismus wird in diesem Zusammenhang immer stärker. Das setzt eine Spirale in Gang, in der die Reichen ihre Ressourcen nutzen, um Einfluss auf die Politik zu nehmen, was wiederum dazu führt, dass die Regierungen eine Politik betreiben, die Reiche noch mehr be-

1 Ins Deutsche übertragen von Alban Knecht, Stefanie Stadlober und Margit Appel.

günstigt, wodurch diese noch reicher werden und so fort. Das Ergebnis ist die zunehmende Ungleichheit in den heutigen Gesellschaften. Diese Ungleichheit beunruhigt bereits die Ökonom*innen, weil es das Wachstum bedroht, wenn, wie in den Vereinigten Staaten, die obersten 0,1% der Einkommensbezieher*innen einen wachsenden Anteil des Konsums absorbieren. Gleichzeitig stellt die Ungleichheit eine Bedrohung für die Demokratie dar und fördert die Post-Demokratie in der folgenden Art und Weise:

- Solange keine spezifischen Regulierungsmaßnahmen ergriffen werden, gibt es in einer kapitalistischen Wirtschaft keine Mittel, um die Umwandlung von wirtschaftlicher in politische Macht zu verhindern, was die Erfordernisse von Demokratie nach einem uneingeschränkten und gleichberechtigten Zugang zu politischen Gestaltungsmöglichkeiten untergräbt.
- In einem offenen politischen System sind Vermögenskonzentrationen besonders vorteilhaft für die Ausübung von Einfluss; weil die Reichen sich nicht mit den Problemen kollektiven Handelns herumschlagen müssen, die die Aktivitäten anderer gesellschaftlicher Gruppen beschränken. Diese Situation schafft Probleme für alle Bürger*innen – mit Ausnahme der sehr kleinen Gruppen an Reichen. Für die Armen sind die Auswirkungen enorm, da sie Gefahr laufen, völlig vom politischen Einfluss ausgeschlossen zu werden, wodurch eine Abwärtsspirale entsteht. Es ist auffällig, dass in vielen Ländern – jetzt nicht gemessen an den sehr Reichen, die sich weit außerhalb unserer Reichweite bewegen – die unteren 10% oder sogar 20% der Einkommensbezieher*innen noch weiter hinter alle anderen zurückgefallen sind.
- Dieser Einfluss wird genutzt werden, um politische Gefälligkeiten im Interesse der Reichen zu erwirken, Gefälligkeiten, die die Spirale noch verstärken.

Im Folgenden werden diese drei Behauptungen der Reihe nachgeprüft.

Die wechselseitige Austauschbarkeit („Konvertibilität“) von wirtschaftlichen und politischen Ressourcen

Im Prinzip glauben neoklassische Ökonomen daran, dass die wirtschaftlichen und politischen Ressourcen voneinander getrennt sind. Der Staat sollte nur eine begrenzte Rolle in der Wirtschaft spielen, und die Unternehmen sollten daher ein geringes Interesse daran haben, ihn zu beeinflussen. Außerdem könnten in einem vollkommenen Wettbewerb wirtschaftliche Ressourcen nicht in Macht umgewandelt werden und die politische Einflussnahme bliebe aus. Zahlungen an die Politik wären ein Kostenfaktor, und ein Unternehmen, das sich auf diese Weise engagieren würde, müsste seine Preise erhöhen und würde so gegenüber Firmen, die sich nicht engagieren, den Kürzeren ziehen. Es bliebe die Möglichkeit, dass sich alle Firmen in einem Sektor zusammenschließen und einen Fonds einrichten, um für ihre Interessen in der politischen Arena Lobbyarbeit zu betrei-

ben, aber in einer echten Marktwirtschaft würde ein solches Vorgehen gegen das Wettbewerbsrecht verstoßen. Außerdem würde eine Koordination einer großen Anzahl von Firmen auf ein Kooperationsproblem („problem of collective action“) stoßen (siehe unten), da ein Ausscheren einzelner Unternehmen Kostenvorteile brächte. Diese theoretischen Annahmen sagen jedoch nichts über die Praxis aus, in der sich Familien, die durch ihre Geschäfte reich geworden sind, entscheiden, einen Teil ihres Vermögens für politische Aktivitäten zu verwenden, um so ihre wirtschaftlichen Interessen mit politischen Mitteln zu befördern. Ein solches Vorgehen kann aber die Trennung der Wirtschaft und der politischen Sphäre gefährden, die in der Theorie so wichtig für die Marktwirtschaft ist.

Diese Ambiguität wird noch verschärft, wenn man sich der Tatsache bewusst wird, dass viele Märkte nur unvollkommen wettbewerbsfähig sind. Hier teilen sich die Ökonom*innen in diejenigen, die keine andere Lösung akzeptieren als den Versuch, einen perfekten Wettbewerb zu etablieren, und jene, die argumentieren, dass auch aus unvollkommenem Wettbewerb Vorteile resultieren können (z.B. Bork 1993; Posner 2001). Den Vertreter*innen der letzteren Position geht es nicht um die politischen Implikationen ihrer Haltung, sondern darum, aufzuzeigen, dass die Größenvorteile (großer) Unternehmen mehr oder weniger unendlich sind und dass es daher aus Gründen der „Konsumentenwohlfahrt“ keine Gründe gibt, perfekte Wettbewerbsmärkte zu etablieren. Für sie besteht im Gegensatz zu reinen neoklassischen Theoretiker*innen und Anhänger*innen der Neoliberalen² ein geordneter Wettbewerb auch dann, wenn einige Firmen den Wettbewerb gewinnen und danach dominieren, und nicht nur dann, wenn ein dauerhafter Wettbewerb mehrerer Firmen besteht. Wir können hier zwischen zwei Arten von Neoliberalismus unterscheiden: dem Markt-Neoliberalismus, dessen Hauptanliegen es ist, dass Märkte funktionieren, und dem Konzern-Neoliberalismus, der hauptsächlich die Rolle großer, oligopolistischer Konzerne verteidigt.

Die Anhänger*innen des Konzern-Neoliberalismus befassen sich selten mit der politischen Bedeutung der Anhäufung großer Profite, die ihr Ansatz verteidigt; wenn sie sich jedoch damit befassen, dann geschieht dies auf eine typisch neoliberale Art und Weise: Sie behaupten, dass Konzerne keine Lobbyarbeit betreiben würden, wenn Regierungen sich konsequent dafür entscheiden würden, nicht in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen, denn es gäbe dann keinen Anreiz mehr, politisch aktiv zu werden.

Dieses Argument ist *faux naïf*, und zwar nicht nur wegen der Abhängigkeit der kapitalistischen Volkswirtschaften von staatlichen Subventionen für risikobehaftete Innovationen und wichtige Infrastruktur. Die Finanzkrise von 2008 hat gezeigt, dass zum einen bestimmte Sektoren von einer kleinen Zahl an Unternehmen dominiert werden können; zum anderen können diese wenigen Unternehmen für die nationale (oder globale) Wirtschaft von einer solchen strategischen Wichtigkeit sein, dass allein deren Zusammenbruch einen massiven Schock für

2 Die Ordoliberalen stellen eine Gruppe von Ökonomen dar, die als „Freiburger Schule“ schon früh bestimmte neoliberale Ideen verbreitet haben.

das gesamte System auslösen kann. In anderen Worten: Solche Konzerne sind systemrelevant („too big to fail“). In erster Linie trifft dies auf das Bankwesen zu, aber auch auf die Bereiche Energie, Verteidigung und bestimmte privatisierte öffentliche Dienstleistungen.

Obwohl es sowohl Neoliberale als auch Kapitalismuskritiker*innen gibt, die die Überzeugung teilen, dass man eine oder zwei weitere Großbanken in den Konkurs hätte schicken können (damit die überlebenden Banken bei künftigen Gelegenheiten risikobewusster handeln würden), ist es aus allgemeinen strategischen Gründen schwer vorstellbar, dass Regierungen dem Schicksal bestimmter Sektoren gegenüber gleichgültig bleiben könnten. Die gesamte Bekleidungs- oder Leichtmaschinenindustrie kann untergehen, aber der Zusammenbruch des Bankwesens, des Energiesektors und einiger anderer Sektoren hat eine weitaus größere Bedeutung als die Schaffung von Arbeitsplätzen und die Förderung des Wirtschaftswachstums. Unternehmen in diesen systemrelevanten Sektoren haben dann einen klaren Anreiz, sich politisch zu betätigen, da sie von der Regierung viel erwarten können. Die ungleiche Verteilung des politischen Einflusses von Konzernen verschiedener Sektoren – ganz zu schweigen im Vergleich zur übrigen Bevölkerung – verkörpert einen Teil der Asymmetrie und Ungleichheit, die den gesamten Prozess des Unternehmens-Lobbyismus sowohl aus marktwirtschaftlichen als auch aus demokratischen Gründen fragwürdig macht.

Es ist bemerkenswert, dass einige dieser systemrelevanten Sektoren diejenigen sind, in denen das Wachstum der Einkommensungleichheit am stärksten ausgeprägt ist. Die OECD (2011) bezeichnete den Finanzsektor als Haupttreiber der Ungleichheit. Weltweit wird der Energiesektor mit der Konzentration sehr großer oligopolistischer Vermögen (also Vermögen, das nur durch wenige Akteur*innen erwirtschaftet wird) in der arabischen Welt, Russland und den USA in Verbindung gebracht. Der gegenwärtige Kapitalismus zeichnet sich also dadurch aus, dass wirtschaftliche Ressourcen in einer Weise gebündelt werden, dass die Ausübung von (Unternehmens-)Macht innerhalb des politischen Systems möglich gemacht wird.

Die Grenze, die die neoklassische Theorie zwischen dem politischen System und der Wirtschaft errichten würde, muss man daher als halbdurchlässig bezeichnen. Dem Vermögen des Staates, in den Markt einzugreifen, werden Beschränkungen auferlegt, nicht aber den Eingriffen der Unternehmen in die Politik. Tatsächlich ist in den USA eine solche Vorgehensweise vom Obersten Gerichtshof ausdrücklich akzeptiert worden. Im Jahr 2010 wurde ein Urteil der Bundeswahlkommission abgelehnt, mit der Grenzen für Geldsummen festgelegt werden sollten, die Organisationen wie Konzerne für Wahlkampagnen ausgeben dürfen. Die Begründung lautete, dass die US-Verfassung Organisationen dieselben Rechte zugesteht wie Einzelpersonen; jedoch blieben die bestehenden Grenzen für Spenden an einzelne Kandidat*innen aufrecht. Vier Jahre später, 2014, wurde dann auch noch das Verbot von Spenden an einzelne Kandidat*innen aufgehoben. Es sind vor allem große Unternehmen, die in der Lage sind, diese Art von Spenden zu leisten.

Reichtum und das Problem des kollektiven Handelns

Es gibt zwei Aspekte der liberalen Demokratie: Zum einen gibt es die formalen Wahlprozesse, bei denen Richtlinien die Gleichheit aller Bürgerinnen und Bürger ohne Einschränkung gewährleisten; zum anderen gibt es das informelle Hin und Her der Debatten, das Lobbying und die Ausübung politischen Drucks – also alles, was die Welt der Regierung zwischen den Wahlen mit dem Rest der Gesellschaft verbindet und was als „Zivilgesellschaft“ bezeichnet werden kann. Bei diesen Vorgängen garantiert niemand dafür, dass Gleichheit herrscht.

Man kann sich ein demokratisches System vorstellen, in dem die Bürger*innen ausschließlich durch das formale und egalitäre Wahlsystem auf die Regierung wirken können; zwischen den Wahlen würde die Regierung mit minimalen Kontakten zu den Bürger*innen regieren. Ein solches Arrangement würde die formale Gleichheit des Wahlsystems auf Kosten des interaktiven Charakters des politischen Systems maximieren. Aber die Theorie der liberalen Demokratie, die in der westlichen Welt zumindest seit dem Zweiten Weltkrieg vorherrscht, hat sowohl auf den formalen wie auch auf den informellen Prozessen bestanden, also darauf, dass die Regierung für die Bürger*innen zugänglich ist und kontinuierlich mit ihnen kommuniziert. Diese Theorie wurde in den 1950er- und 1960er-Jahren, vor allem von amerikanischen Politiktheoretiker*innen, unter dem Vorzeichen des Pluralismus bzw. der Polyarchie entwickelt (Dahl 1971).

Die Idee des Pluralismus befasste sich mit der Gefahr einer undemokratischen Ungleichheit politischer Einflussnahme im informellen Bereich, indem sie postulierte, dass dem Bedürfnis nach relativer Gleichheit Genüge getan würde, wenn es eine große Anzahl von Gruppen gäbe, die versuchen würde, die Regierung zu beeinflussen und dabei eine Vielfalt verschiedenartiger Ressourcen nutzen würde, die in der Regel nur innerhalb bestimmter, begrenzter Politikbereiche wirksam wären. So würde kein Einzelinteresse dominieren. Die substantielle Gleichheit wäre bei dieser Art von Vorgängen formal nie so perfekt wie das Wahlrecht, würde aber grob nach dem Motto „Man gewinnt mal, man verliert mal, aber niemand gewinnt oder verliert ständig“ erreicht werden. Gemäß dem demokratischen Pluralismus funktioniert das politische System dementsprechend analog zum freien Markt: Vorausgesetzt, es gibt ausreichend viele Akteur*innen auf dem Markt beziehungsweise im politischen System, bestimmen alle den Preis beziehungsweise kann niemand durch alleiniges Handeln einen signifikanten Einfluss erreichen.

Sehr wohl bleibt aber die Gefahr von so etwas wie einer „hyperaktiven Politik“ („hyperactive polity“) und von Regierungen, die durch permanentes Lobbying gefährdet sind und gleichzeitig unfähig gemacht werden, eine quasi fieberhaft politisch agierende Bevölkerung zu regieren. Die Theoretiker*innen des Pluralismus gingen allerdings davon aus, dass Menschen im Allgemeinen nicht ausreichend motiviert sind, mit dieser befürchteten Intensität auf die Politik einzuwirken.

Diese Art von Beobachtung erhielt mit Mancur Olsons (1965) Theorie des kollektiven Handelns eine theoretische Grundlage. Nach dieser Theorie ist die Beteiligung an kollektivem Handeln nicht einfach zu erreichen. Erstens würde eine Interessensgruppe (z.B. eine Bewegung), wenn sie groß genug wäre, um erfolgreich zu sein, dies auch ohne die Beteiligung eines einzelnen Individuums sein. Der Beitrag des Einzelnen für die Interessensgruppe wäre verschwindend gering, sein Aufwand jedoch hoch. Zweitens würde, wenn eine Interessensgruppe auf ein kollektives Gut abzielt, ein einzelnes Individuum vom Erfolg der Gruppe auch dann profitieren, wenn es sich selbst nicht eingesetzt hätte. In beiden Fällen ist der Anreiz, sich zu engagieren, gering. Es sei an dieser Stelle angemerkt, dass auch dieses Argument auf einer Analogie zum perfekten Markt beruht, weil kein einzelner Akteur in der Lage ist, die Situation (die Durchsetzung des Interesses bzw. die Preisbildung) allein durch sein Handeln zu beeinflussen. Die Logik des kollektiven Handelns unterscheidet sich von den Vorstellungen eines Marktes mit einem perfekten Wettbewerb nur insofern, als sich beim Markt die Individuen die Gewinne ihrer eigenen Handlungen aneignen können und daher auch Handlungsanreize bei Individuen bestehen bleiben. In den für moderne Gesellschaften typischen Situationen, die sehr viele Handelnde umfassen, sollte man daher von hochaktiven Märkten, jedoch von geringer politischer Betätigung ausgehen, was Ökonom*innen und politische Theoretiker*innen der damaligen Zeit als eine optimale Situation ansahen.

Die naiv-optimistische Behauptung dieser Theoretiker*innen war, dass man in den USA und ähnlichen Gesellschaften das Leben auf einem solchen Gleichgewicht von Wirtschaft und Politik aufbauen könne. Die Theoretiker*innen waren zwar in der Lage, sich Situationen vorzustellen, in denen eine Interessengruppe ein Gemeinwesen dominiert, aber im Großen und Ganzen gingen sie davon aus, dass die Situation, in der eine „große Zahl“ verschiedener Interessen in den politischen Prozess eingebracht werden, typischer für die amerikanische Gesellschaft sei.

Es ist interessant zu sehen, wie Theorien aus spezifischen Umständen heraus entstehen, dann eine gewisse Abstraktion entwickeln, um dann wiederum auf ganz andere Situationen angewendet zu werden, unabhängig davon, ob die anfänglichen Annahmen noch zutreffen. In diesem Fall bildet das pluralistische Modell allerdings noch nicht einmal akkurat die US-Gesellschaft der 1950er- und 1960er-Jahren ab. Man erinnere sich nur an die Not der Schwarzen in den Südstaaten, an den pauschalen Antikommunismus des Senators Joe McCarthy und an die Abschiedsrede von Präsident Eisenhower, mit seiner außergewöhnlichen Warnung vor der politischen Macht des „militärisch-industriellen Komplexes“. Dennoch waren die USA tatsächlich eine Massengesellschaft, die sich aus Menschen verschiedener Religionen und verschiedener ethnischer Herkunft zusammensetzte, in der es für eine individuelle Subkultur sehr schwierig war, Vorherrschaft zu erreichen. In diesem Zusammenhang ist es sehr wichtig die überraschenden Ergebnisse von Thomas Pikettys (2013) Studie über die langfris-

tigen Trends in der Vermögensverteilung zu sehen, die zeigen, dass die US-Gesellschaft bis zum Ende des 20. Jahrhunderts weit weniger von Ungleichheit geprägt war als die Gesellschaften Englands, Frankreichs und anderer europäischer Länder. Die Beschreibung der westlichen Demokratie als pluralistische wurde demnach in einer historischen Periode entwickelt, in der die Ungleichheit so gering war wie zu keinem Zeitpunkt in der Vergangenheit, zu der es Aufzeichnungen gibt.

Jetzt, wo die Ungleichheit wieder zunimmt, wird diese Beschreibung weniger realistisch; dafür wird Olsons Theorie des kollektiven Handelns besonders relevant. Er stellte eine Welt dar, in der die Individuen kaum eine Möglichkeit haben, ihr Handeln zu koordinieren. Die Lösung, die er für das Koordinationsproblem vorsah, bestand darin, dass die Leitung einer Organisation selektive Mitgliedschaftsvorteile anbietet, indem sie den Individuen einen von ihren Beiträgen abhängigen individuellen Vorteil gewährt. Ein alternativer Weg steht jedoch jenen Individuen zur Verfügung, die über beträchtliches Vermögen verfügen, insbesondere wenn sie mächtige Positionen in großen Unternehmen innehaben. Sie brauchen keine Mitglieder; und wenn sie Humanressourcen benötigen, können sie jemanden einstellen. Das Koordinationsproblem wird so durch die Unternehmenshierarchie gelöst. Dies war der Weg, den Silvio Berlusconi ursprünglich benutzte, um in Italien eine sehr erfolgreiche politische Partei zu gründen, ohne zuvor eine Basis von Mitglieder aufzubauen: Er nutzte das umfangreiche Netzwerk von Firmen, die er in verschiedenen Teilen der postindustriellen Wirtschaft besaß, und produzierte eine *partito impresa*, also eine „Unternehmenspartei“.

Die sehr Wohlhabenden stellen also immer eine Ausnahme vom Problem des kollektiven Handelns dar, vorausgesetzt, sie haben genügend Anreize, sich politisch zu engagieren. Dies ist der Fall, wenn Regierungen in der Lage sind, die privaten Interessen der Wohlhabenden entweder zu begünstigen oder zu vereiteln. Das alte pluralistische Modell, das davon ausgeht, dass Unternehmen in einer Marktwirtschaft nur einige unter vielen anderen Interessen sind, scheitert, wenn es um riesige Unternehmen in einer Zeit wachsender Ungleichheit geht.

Die Spirale von Ungleichheit und korporative politische Macht

Die oben erwähnte Analyse der OECD zur wachsenden Ungleichheit identifiziert mehrere Ursachen. Eine davon ist die Technologie: Technologische Innovation verringert die Nachfrage nach gering qualifizierten Arbeitskräften, verdrängt diese und erhöht auf diese Weise die Nachfrage nach Personen, die über die Fähigkeiten zur Entwicklung und Nutzung der Technologie verfügen. Dieser Effekt wurde jedoch fast vollständig durch Veränderungen im Bildungswesen ausgeglichen, das mehr Hochqualifizierte zur Verfügung stellte. Eine weitere Ursache sind sektorale Veränderungen, insbesondere der wachsende Finanzsektor und die damit verbundenen Dienstleistungen für Unternehmen, deren Aktivitäten ein beträchtliches Maß an Ungleichheit erzeugen. Dieses Wachstum hat eine um-

fangreiche Lobbying-Kapazität für den Sektor hervorgebracht. An dieser Stelle wird ein Zusammenhang mit einem anderen Ergebnis der OECD-Studie ersichtlich, nämlich dass „institutionelle“ und politisch-strategische Faktoren zu den wichtigsten Quellen der wachsenden Ungleichheit gehören.

Institutionen und insbesondere politische Strategien unterliegen der Kontrolle individueller Entscheidungsträger*innen; sie sind keine unausweichlichen, unpersönlichen Kräfte. Veränderungen in Institutionen, die für die wachsende Ungleichheit ausschlaggebend sind, sind daher Teil der sich gegenseitig verstärkenden Prozesse wirtschaftlicher und politischer Macht. Dies zeigt sich besonders deutlich im Steuerwesen, dessen Veränderungen für einen Teil der wachsenden Ungleichheit verantwortlich sind. Im gesamten OECD-Raum gingen die höchsten Einkommensteuersätze zwischen 1981 und 2010 von 66% auf 42% zurück (Förster et al. 2014). Die unteren 90% der Einkommensverteilung erhalten zwischen 70% und 85% ihres Einkommens in Form von Löhnen und Gehältern; die oberen 0,01% erhalten nur 40% ihres Einkommens in dieser Form, während sich ihr übriges Einkommen aus Unternehmenseinkommen, Dividenden und Kapitalgewinnen zusammensetzt (Bastagli et al. 2012). Letztgenannte Einkommensarten wurden zudem immer niedriger besteuert als die Löhne und Gehälter. Die durchschnittliche Körperschaftsteuer im OECD-Gebiet ist von 1981 bis 2010 von 47% auf 25% gesunken, die Dividendensteuer von 75% auf 42%. Diese Veränderungen fanden in einer Zeit statt, als die Ungleichheit der unversteuerten Einkommen („pre-tax income inequality“) zunahm. Man könnte vermuten, dass Demokratien angesichts einer wachsenden Ungleichheit der unversteuerten Einkommen mit einer steigenden Steuerprogression antworten würden, während es mit der Durchsetzung zunehmender Ungleichheit der ökonomischen und politischen Macht eher zu einer Senkung der Steuerprogression kommen würde. Die tatsächlichen fiskalischen Veränderungen der neoliberalen Periode standen im Einklang mit der letztgenannten Hypothese.

Des Weiteren identifizierte die OECD (2011) den Rückgang koordinierter Tarifverhandlungen als eine Ursache für die zunehmende Ungleichheit. Die Abnahme von kollektiven Tarifverhandlungen betrifft am meisten die unteren 60% der Einkommensbezieher*innen. Man kann jedoch über die Analyse der OECD hinausgehen und Veränderungen benennen, die sich in größerem Ausmaß auf die Ungleichheit und die politischen Prozesse auswirken. So besteht eine enge, wenn auch nicht perfekte Beziehung zwischen dem Ausmaß koordinierter Kollektivverhandlungen und der Macht der Gewerkschaften (gemessen als eine Kombination aus der Quote der Gewerkschaftsmitgliedschaft und dem Engagement der Gewerkschaften in staatlichen Strukturen). Außerdem zeigt sich eine starke Korrelation zwischen gewerkschaftlicher Macht und der Ungleichheit „vor Steuern und Transfers“: Je größer das Ausmaß der gewerkschaftlichen Macht ist, desto größer ist auch das Ausmaß der Umverteilung, die durch das Steuersystem erzeugt wird. Die gewerkschaftliche Macht korreliert viel stärker mit der Einkommensungleichheit nach Besteuerung als mit der Ein-

kommensungleichheit vor Besteuerung, was eher auf einen politischen als auf einen wirtschaftlichen Effekt in Bezug auf die Herausforderung, die sich den Gewerkschaften stellt, hindeutet. Aber die größte Bedeutung für die heutigen Herausforderungen hat der Umstand, dass überall die kollektiven Verhandlungsmethoden, die gewerkschaftliche Stärke und die Umverteilung über Steuern zurückgegangen sind, wodurch die wichtigste Form der Gegenmacht gegen das Kapital aus pluralistischeren Zeiten reduziert wurde. Pikettys Darstellung des Kapitalismus sagt ein anhaltendes Anwachsen der Ungleichheit durch einen im Wesentlichen buchhalterischen Mechanismus voraus: Die Erträge des Kapitals sind tendenziell größer als die Summe des Bevölkerungs- und Produktivitätswachstums. Die gegenseitige Verstärkung der wirtschaftlichen und politischen Ungleichheit wird diesen Prozess um einen bedeutenden Faktor beschleunigen.

Schlussfolgerung

Angesichts all dessen sind wir gezwungen, zusammen mit Wolfgang Merkel (2014), Wolfgang Streeck (2015) und anderen zu fragen, ob Kapitalismus und Demokratie heute so stark voneinander abhängig sind, wie sie während des Kalten Krieges zu sein schienen. Ist die „republikanische Demokratie“ immer noch „die denkbar beste Hülle des Kapitalismus“³, wie Lenin behauptete? Kapitalist*innen wurde nachgesagt, dass sie eine Vorliebe für die Demokratie haben, weil mächtige Diktaturen willkürlich sein können und die Regeln ohne ein nachvollziehbares Verfahren ändern. Die moderne Demokratie garantiert mehr oder weniger Rechtsstaatlichkeit und klare Verfahren für die Änderungen von Gesetzen und die Lobbyarbeit bezüglich diskutierter Änderungen. Nichtsdestotrotz kann die Demokratie eine Fülle von Vorschriften zum Schutz von Interessen hervorbringen, die nicht im marktwirtschaftlichen und unternehmerischen Interesse sind. Das bevorzugte Regime der Kapitalist*innen ist demnach die Post-Demokratie, in der alle Formen der Demokratie fortbestehen, einschließlich der Rechtsstaatlichkeit, aber in der die Wähler*innenschaft passiv geworden ist und auf die sorgfältig geführten Wahlkampagnen der Parteien reagiert, aber keinen störenden Aktivismus betreibt und keine Zivilgesellschaft hervorbringt, die lebendig genug ist, um unangenehme Gegenbewegungen auf die Beine zu stellen, die versuchen, es mit der stillen Arbeit der Lobbyist*innen in den Foyers der Regierungsgebäude aufzunehmen.

Der postdemokratische Kapitalismus erfordert ebenso wenig eine formale Abkehr von der Demokratie wie der korporative Neoliberalismus eine Abkehr vom Markt bedeutet. In der Tat werden Demokratie und Markt als wichtigste Legitimationsquelle für das sich entwickelnde politische System der dominanten Macht von Unternehmen benutzt, weil dieses System keine eigene Legitima-

3 Anmerkung des Übersetzer*innen-Teams: Staat und Revolution, Teil 1, nachzulesen in: Lenin Werke, Band 25, S. 393–507, Dietz Verlag Berlin, 1972. http://www.mlwerke.de/le/le25/le25_395.htm.

tion besitzt. Es gibt Elemente einer solchen Legitimation, allerdings werden sie nur als Ergänzung gesehen. Zum Beispiel lieferte eine Anti-Kartellrechtstheorie („anti-antitrust theory“) eine Rechtfertigung für den Schutz marktbeherrschender Unternehmen vor marktgestaltendem Wettbewerbsrecht. Die neue Public-Management-Theorie legitimiert die Aufhebung der Grenzen zwischen Beamten und Angestellten von Unternehmen, die in einer früheren Periode der liberalen Wirtschaft als so wichtig angesehen wurde. Die soziale Verantwortung der Unternehmen („corporate social responsibility“) gibt den Manager*innen großer Unternehmen eine soziale Legitimation, die über ihre Rolle als Gewinnmaximierer*innen hinausgeht, und legt nahe, dass keine staatliche Politik notwendig ist, um mit Marktversagen umzugehen. Nachdem es keine keynesianische Nachfragesteuerung mehr gibt, räumt der weit verbreitete Wunsch nach einem hohen Beschäftigungsniveau den polit-strategischen Präferenzen der Unternehmensinteressen Vorrang ein.

Noch dominieren die großen Unternehmen unsere Politik noch nicht vollständig, sonst wären schon alle Verbraucherschutz- und Arbeitsgesetze abgeschafft worden und die Regierung würde nicht immer wieder neue Regulierungen zur Eindämmung des Rauchens schaffen. Aber das ist die Richtung, in die wir uns bewegen, gestärkt durch die anhaltende Zunahme der Ungleichheit und die wechselseitige Vergrößerung der politischen und wirtschaftlichen Macht. Demokratie in irgendeiner Form ist wahrscheinlich nach wie vor die beste Hülle für den Kapitalismus; aber umgekehrt gilt das vielleicht nicht mehr.

***Colin Crouch** ist ein britischer Politikwissenschaftler und Soziologe. Er lehrt an der University of Warwick und wurde durch seine Arbeiten zur Postdemokratie international bekannt.*

Mögliche Quellenangabe

Crouch, Colin (2020): Postdemokratie. Wie Ungleichheit und Armut die Demokratie gefährden. In: Die Armutskonferenz et al. (Hrsg.): Stimmen gegen Armut. BoD-Verlag, S. 71–81.

www.armutskonferenz.at/files/crouch_postdemokratie_2020.pdf

Literatur

Bastagli, F. / Coady, D. / Gupta, S. (2012): Income Inequality and Fiscal Policy.

In: IMF Staff Discussion Note SDN/12/08. Washington DC: IMF.

Bork, R. H. (1993): The Antitrust Paradox: A Policy at War with Itself. 2. Auflage. New York: Free Press (Original 1978).

Crouch, C. (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Crouch, C. (2020): Post-democracy after the Crises. Cambridge: Polity Press.

Dahl, R. A. (1971): Polyarchy, Participation and Opposition. New Haven CT: Yale University Press.

- Förster, M. / Llana-Nozal, A. / Nafilyan, V. (2014): Trends in Top Incomes and their Taxation in OECD Countries. In: OECD Society, Employment and Migration Working Papers 159. Paris: OECD.
- Merkel, W. (2014): Is capitalism compatible with democracy? In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 8, S. 109–28.
- OECD (2011): Divided We Stand: Why Inequality Keeps on Rising. Paris: OECD.
- Olson, M. (1965): The Theory of Collective Action. New Haven CT: Yale University Press.
- Piketty, T. (2013): Le Capital au XXI^e siècle. Paris: Seuil.
- Posner, R. A. (2001): Antitrust Law. 2. Auflage. Chicago: University of Chicago Press.
- Streeck, W. (2015): Comment on Wolfgang Merkel, „Is capitalism compatible with democracy?“. In: Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft, 9, 1–2, S. 49–60
- US Supreme Court (2010): Citizens United v. Federal Election Commission, 08–205. Washington DC: US Supreme Court.
- US Supreme Court (2014): McCutcheon v. Federal Election Commission, 12–536. Washington DC: US Supreme Court.

Der Artikel entstammt dem Buch

STIMMEN GEGEN ARMUT

Weil soziale Ungleichheit und Ausgrenzung
die Demokratie gefährden




DIE ARMUTSKONFERENZ.

Herausgegeben von
**Die Armutskonferenz, Margit Appel, Verena Fabris,
Alban Knecht, Michaela Moser, Robert Rybaczek-Schwarz,
Martin Schenk, Stefanie Stadlober**

BoD-Verlag

Inhaltsverzeichnis

Editorial

Stimmen gegen Armut – Stimmen für mehr Demokratie und Mitbestimmung 9

Margit Appel, Verena Fabris, Alban Knecht, Michaela Moser,
Robert Rybaczek-Schwarz, Martin Schenk, Stefanie Stadlober

EIN-STIMMUNG

Armut als Störfaktor 19

Über die Entwertung von Betroffenen

Laura Wiesböck

Soziale Ausschließung und die Grenzen der repräsentativen Demokratie 27

Die Perspektive from below

Ellen Bareis

Grenzen der Demokratie – Teilhabe als Verteilungsproblem 41

Ein Gespräch zum Buch

Stephan Lessenich im Gespräch mit Margit Appel

Refeudalisierung als Gefahr für die Demokratie 55

*Der Zusammenhang von steigender Ungleichheit und sinkendem Vertrauen
in demokratische Institutionen*

Jakob Kapeller

Postdemokratie 71

Wie Ungleichheit und Armut die Demokratie gefährden

Colin Crouch

Ökonomische Ungleichheit zerstört die Demokratie 83

*Wenn Armutsbetroffene nicht zu Wahlen gehen und ihre Anliegen
kein Gehör finden*

Martina Zandonella

STIMMEN FÜR SOLIDARITÄT UND SOZIALE SICHERUNG

Solidaritätsvorstellungen, soziale Ungleichheit und Sozialstaat 97

Über das unterschiedliche Verständnis von Solidarität in unserer Gesellschaft

Carina Altreiter, Jörg Flecker, Ulrike Papouschek

Anerkennung von Unsicherheit als Normalzustand 107

Implikationen für eine radikalisierte Sozialpolitik

Arno Pilgram

Partizipation statt Teilhabe in Einrichtungen der neuen Mitleidsökonomie 115

Hannah-Maria Eberle

STIMMEN FÜR DEMOKRATIE IN DER ARBEITSWELT

Psychologische Auswirkungen von demokratischen Praktiken in Organisationen 131

Stimmen für Demokratie in der Arbeitswelt

Christine Unterrainer

Kommentar

Über strukturelle Erniedrigung und die Furcht vor Mitbestimmung 141

Demokratie in der Erwerbsarbeit und -arbeitslosigkeit

Wolfgang wodt Schmidt

Das Genossenschaftsprojekt OTELO 145

Eine Genossenschaft für kooperatives Wirtschaften

Martin Hollinetz

Das Grundeinkommens-Projekt *Sinnvoll Tätig Sein* im niederösterreichischen Heidenreichstein 149

Reinkommen statt ‚draußen sein‘

Karl Immervoll

Digitalisierung inklusiv gestalten 153

Chancen und Risiken für Teilhabe im digitalen Zeitalter

Schifteh Hashemi und Clara Moder

Kommentar	
Wenn Algorithmen für uns entscheiden	163
Erich Tomandl	

STIMMEN GEGEN AUSGRENZUNG IN DER SCHULE

Individuelle Bildung kann kein Ausweg aus kollektiver Armut sein	167
<i>Eine Erinnerung</i>	
Roman Langer	

„... da müsst ihr ja ganz viel zuhören!“	177
<i>Transkulturelle Elternarbeit an Wiener Volksschulen</i>	
Lydia Linke	

STIMMEN FÜR EINE GERECHTE STADT

Gentrifizierung im öffentlichen Raum	183
<i>Aufwertung und Verdrängung als Prozesse urbaner Ungleichheit</i>	
Mara Verlič	

Kollektives Füreinander-Sorge-Tragen – die spanische Bewegung gegen Zwangsräumungen	193
<i>Von Scham, Isolation und Ohnmacht zu politischer Selbstorganisation</i>	
Nikolai Huke	

Kommentar	
Proteststimmen von unten	203
<i>Ein persönlicher Zugang zu Protest als Antwort auf den Turbokapitalismus</i>	
Anna Schiff	

LAUTER STIMMEN FÜR ALLE!

Exklusive Demokratie	207
<i>Vom Wahlrechtsausschluss fremder Staatsangehöriger</i>	
Antonia Wagner	

Wahlrecht für alle, die hier leben! 213

Die Pass-Egal-Wahl und die wachsende Demokratiekluft in Österreich

Magdalena Stern

STIMMEN FÜR MITBESTIMMUNG

Politik und Zufall 219

*Wie es durch Bürger*innenräte gelingt, Menschen zu aktivieren*

Michael Lederer

Stimme(n) erheben 225

Legislatives Theater als Beitrag zur partizipativen Demokratie

Michael Wrentschur und Silvia Phönix Gangl

Mit Partizipation der Beschämung von Armutsbetroffenen entgegenwirken 231

Alban Knecht

Gesetzeswerkstatt zum Sozialhilfegesetz 237

*Das Sozialhilfegesetz mit Betroffenen und Expert*innen neu formulieren*

Marianne Schulze

Nutzer*innen-Partizipation in sozialen Organisationen 241

Status Quo, Defizite, Perspektiven

Michaela Moser

STIMMEN GEGEN ARMUT!

Forderungen der 12. Armutskonferenz und Folgen der Corona-Krise 247

Verena Fabris und Martin Schenk

DIE ARMUTSKONFERENZ. 257


Es ist genug für alle da!

Armut bekämpfen. Armut vermeiden.

**Die 12. Österreichische Armutskonferenz und
diese Publikation wurden gefördert von**



 Bundesministerium
Arbeit, Familie und Jugend

 Bundesministerium
Soziales, Gesundheit, Pflege
und Konsumentenschutz

 Bundeskanzleramt
Bundesministerin für Frauen,
Familien und Jugend



**SCHLECHT
BEZAHLTE
ARBEIT IST
WORK OHNE LIFE
UND BALANCE.**

Machen wir uns stark für einen Sozialstaat,
der uns vor Ausbeutung schützt.

WIR - GEMEINSAM. AT

Eine Initiative der ARMUTSKONFERENZ.



VertretungsNetz

VertretungsNetz ist ein Erwachsenenschutzverein. Wir setzen uns für den Schutz der Grundrechte von Menschen mit psychischer Erkrankung oder intellektueller Beeinträchtigung ein. Unsere MitarbeiterInnen beraten, vertreten und unterstützen Betroffene, wenn ...

... jemand eine
Erwachsenenvertretung
oder eine alternative Form
der Unterstützung braucht.

Erwachsenenvertretung

... jemand zwangsweise
in einer psychiatrischen
Einrichtung
untergebracht wird.

Patientenanwaltschaft

... jemand in einer Ein-
richtung zur Pflege oder
Betreuung einer Freiheits-
beschränkung unterliegt.

Bewohnerververtretung

VertretungsNetz sucht ehrenamtliche ErwachsenenvertreterInnen!

Mehr Informationen dazu finden Sie unter: www.vertretungsnetz.at/jobs

SAMARITERBUND



Samariterbund Sozialmarkt

Gut und günstig einkaufen!



www.samariterbund.net